

Europäische Föderation Grüner Parteien

Grün 615-8
Archiv
Grünes Gedächtnis
- Bibliothek -
AkzNr. 121/99

Ein Gemeinsames Grünes Manifest für die Europawahlen 1999

GREENING EUROPE - DRINGENDE VERÄNDERUNGEN STEHEN AN!

Europa könnte die treibende Kraft für ökologische und soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden weltweit sein. Unter der Führung der politischen Parteien, die allein auf Wirtschaftswachstum im internationalen Wettbewerb als Lösung für alle Probleme setzen, kann die Europäische Union diese Rolle nicht spielen. Die Grünen sind die einzigen, die mit ihrer Vision von Europa die Hoffnungen der Menschen auf positive Entwicklungen ansprechen.

Die Grünen haben auf allen Ebenen ihre Fähigkeit bewiesen, die politische Agenda zu beeinflussen. Sie betrachten es als Herausforderung, die Politik der Europäischen Union zu verändern und somit die grüne Vision von Europa umzusetzen, in deren Mittelpunkt die Verbesserung der Lebensqualität dank hoher ökologischer und sozialer Standards und demokratischer Rechte, steht.

Die grünen Regierungsbeteiligungen in Deutschland, Frankreich, Italien und Finnland und der erste grüne Außenminister eröffnen neue Möglichkeiten für politische Erneuerungen in Europa. In Osteuropa nehmen die Grünen Umweltminister in Georgien, der Slowakei und in Polen Einfluß auf die Tagespolitik. Jetzt ist es Zeit für den Wechsel auf EU-Ebene.

Der Erfolg bei den Europawahlen im Juni 1999 ist ein wichtiger Schritt, unsere Visionen in Realität umzusetzen.

Was ist das Grüne Projekt:

- Wir wollen eine Gesellschaft aufbauen, die Grundrechte garantiert und die Umwelt schützt. Dies schließt ein Recht auf Wohnung, Gesundheit, Bildung, Kultur und hohe Lebensqualität ein.
- Wir wollen Freiheiten in der Arbeitswelt erweitern, und dies nicht nur durch die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, sondern auch durch vergrößerte Wahlfreiheiten, um so kreatives Potential freizusetzen.
- Wir wollen Demokratie vertiefen durch direkte Teilhabe der Menschen an den Entscheidungen, die sie betreffen.
- Die **Grüne Methode** ist radikal, realistisch und reformorientiert,
 - radikal, weil eine grundlegende Kritik notwendig ist zur Orientierung
 - realistisch, weil kurzfristige Ziele erreichbar sein müssen
 - reformorientiert, weil wir Schritt für Schritt die Gelegenheiten zum Fortschritt ergreifen.

Grüne Werte sind Solidarität, Innovation, Unabhängigkeit und Offenheit:

- Solidarität, um Gleichberechtigung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu fördern und umzusetzen
- Innovation, um menschliche Intelligenz und Kreativität zu nützen, um eine Gesellschaft zum Wohle ihrer Mitglieder zu bauen
- Unabhängigkeit, um frei von Lobbies und Einzelinteressen zu handeln
- Offenheit, um Unterschiede zu akzeptieren, mit Widersprüchen umzugehen und konstruktive Allianzen zu bilden, mittels offener Diskussion, Vermittlung und ständige Neubewertung

GRÜNE ZIELE

- Ökonomische und soziale Reformen für eine nachhaltige Entwicklung für Mensch und Natur
- Mehr Demokratie durch die Bindung von Handel, Sicherheitspolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik an ökologische und soziale Rechte.
- Hohe ökologische, soziale und demokratische Standards zur Sicherung von Lebensqualität
- Solidarität, garantierte Menschen- und Bürgerrechte für alle EU-Bürger, auch für Drittstaatsangehörige
- Eine Außenpolitik, die auf friedliche Konfliktlösung statt auf Militär setzt

Grün 615-8

- Verbesserte Strukturen für demokratische Partizipation und Mitwirkungsrechte, die NROs, Gewerkschaften und BürgerInnen auf allen Ebenen miteinbezieht und die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen sichert
- Gleiche Rechte und Chancen und die Wahrung kultureller und linguistischer Vielfalt für Minderheiten
- Neuverteilung von Hausarbeit und der Pflügetätigkeit zur gerechteren Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern, und um sicherzustellen, daß Frauen am bezahlten Arbeitsmarkt, sowie im politischen Leben gleichberechtigt sind.

1. ÖKOLOGISIERUNG DER WIRTSCHAFT

Europa steht heute vor schwerwiegenden Problemen, die alle durch neoliberale Wirtschaftsstrategien geschaffen oder verschlimmert wurden.

• **Massenerwerbslosigkeit**

Der grenzenlose globale Wettbewerb teilt die Gesellschaft rücksichtslos in GewinnerInnen und VerliererInnen auf. Die einen haben zuviel Arbeit, die anderen keinen Job. Armut und soziale Ausgrenzung schränken die Freiheit von immer mehr Menschen drastisch ein. Sie können nicht mehr auswählen wie sie leben möchten. Grundlegende Menschenrechte werden damit mißachtet.

Neue Mauern gegen die Freizügigkeit von Menschen werden in und außerhalb von Europa errichtet. Sie gehen einher mit der restriktiven Sicherheitspolitik von Europol und Schengen, während Kapital und Handelswaren sich frei und ohne Einschränkungen bewegen.

• **Ökologische Zerstörung und nachhaltige Bedrohung für die Umwelt durch Atomkraftwerke und Atomreaktoren**

Ökologische Standards wurden unter dem Druck allmächtiger Lobbies gesenkt - unter dem Vorwand die Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt erfordere dies.

Die Aussicht, Nukleartechnologie exportieren zu können, hat Ausstiegskonzepte und das notwendige Umsteigen auf sichere wiederverwertbare Energietechnologien blockiert.

• **Entpolitisierung, die rechtsextremen und autoritären Parteien in die Hände spielt.**

Niemand glaubt mehr daran, dass Politik etwas verändern kann, weil die gewählten Regierungen es versäumt haben, die Probleme, die die WählerInnen betreffen, anzugehen. Die undemokratische Struktur der Europäischen Union trägt zusätzlich dazu bei, den weitverbreiteten Vertrauensverlust in die Politik zu vergrößern. Die Demokratie insgesamt ist bedroht durch die Vorherrschaft der globalen Marktmechanismen, die man als gegeben hinnimmt.

Das derzeitige Politikversagen der Europäischen Union ist Teil des weltweiten Prozesses wirtschaftlicher Globalisierung, der als natürlich und unvermeidlich dargestellt wird. In Wirklichkeit ist genau diese "Globalisierung" ein politisches Programm, das die Hegemonie des transnationalen Finanzkapitals widerspiegelt. Das neoliberale Programm zielt darauf ab, Handelsschranken für Waren und Dienstleistungen abzubauen, Kontrollen für globale Kapitalflüsse verschwinden zu lassen und Steuerbelastungen für Gewinne auf Kosten von Sozialausgaben zu reduzieren. Um investives Kapital anzulocken, begibt sich jedes Land in eine Abwärtsspirale von Deregulierungen, die Sozial- und Umweltstandards aushebeln.

Demokratische Institutionen auf nationaler und lokaler Ebene haben kontinuierlich Macht und Politikgestaltung abgegeben an undemokratische internationale Bürokratien, wie etwa den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank und die Welthandelsorganisation. Weitere Übereinkommen, wie etwa die Multilaterale Vereinbarung über Investment (Multilateral Agreement on Investment - MAI), sind so konzipiert, daß sie sogar alle politische Macht aushebeln, um die Verantwortung für das allgemeine Wohlergehen der Gesellschaft an die Wirtschaft zu übertragen.

Projekte wie die „Transatlantische wirtschaftliche Partnerschaft (TEP) umgehen nicht nur demokratische Beteiligung an den Verhandlungen, sondern leiten die Kehrtwende ein von multilateralen Verhandlungen zurück zu bilateral ausgehandelten Lösungsvorschlägen der beiden großen Blöcke USA und EU.

Diese eindimensionale Form der Globalisierung verzichtet in voller Absicht auf den politischen Rahmen, um den freien Fluß von Waren und Dienstleistungen, Kapital und Finanztransaktionen nicht zu behindern. Die Grünen weisen die Behauptungen der traditionellen Parteien zurück, daß Politik sich hilflos "den Märkten" beugen müsse. Hinter dieser Resignation verbirgt sich ein mangelnder politischer Willen, die

demokratische Gesellschaft und die Umwelt zu verteidigen. Das gegenwärtige Wirtschaftssystem kann und muß demokratisiert werden.

Die Grünen fordern auf EU- Ebene:

NEUREGULIERUNG DER WIRTSCHAFT: Die Grünen haben schon jahrelang darauf gedrängt, soziale und ökologische Mindeststandards auf allen Ebenen ökonomischer Entscheidungsfindung anzuwenden. Nur eine intelligente Neuregulierung der Wirtschaft kann eine Versöhnung zwischen Wirtschaft, Umwelt und dem europäischen Sozialmodell sicherstellen.

FAIRES FINANZSYSTEM: Ein Steuer-Wettlauf zwischen den EU Mitgliedstaaten, um die Senkung der Kapitalbesteuerung oder die Erleichterung von Steuerersparnis und Steuerflucht durch große Firmen und reiche Individuen, ist an der Tagesordnung. Dies führt bloß zu niedrigeren Staatseinnahmen der Mitgliedstaaten und verringert deren Spielraum für politische Gestaltung. Um dieses schädigenden Steuer-Dumping zu bekämpfen, bedarf es gemeinsamer Maßnahmen.

SPIELRÄUME FÜR INNOVATIVE GESETZE: Die rechtlichen Voraussetzungen im Binnenmarkt müssen so geändert werden, daß die Mitgliedstaaten strengere Auflagen für Umwelt- und Gesundheitsschutz in ihre nationale Gesetzgebung einführen können, ohne daß sie sich vor dem Europäischen Gerichtshof verantworten müssen, da sie den freien Warenverkehr damit behindern. Es muß Ermutigung geben, nicht Entmutigung, eine weiterreichende Gesetze einzuführen, die gleichzeitig Innovation unterstützen und neue Beschäftigungsfelder eröffnen könnten.

BESTEuerung DES SPEKULATIVEN FINANZKAPITALS: Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen neue wirtschaftspolitische Ideen auf eine Reform der Welthandelsorganisation (WTO), des internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank beziehen.

Die Grünen fordern abgestimmte europäische Anstrengungen, um mehr Kontrolle über die ständig ansteigende Macht der Finanzmärkte zu erlangen. Spekulationen riesiger privater Finanzinstitutionen mit Auswirkungen auf nationale Währungen, von Mexiko bis Asien, haben die Entwicklungsländer schwer getroffen. Die SteuerzahlerInnen zahlen die Rechnung für Interventionen des Internationalen Währungsfonds, welche die Verluste von privatem Kapital aus den Industriestaaten einschränken sollen, ohne das Wirtschaftssystem der betroffenen Länder zu schützen.

Um die Auswirkungen der Finanz-Spekulationen zu reduzieren, schlagen die Grünen vor, sich auf eine Besteuerung der spekulativen Kapitalbewegungen zu einigen, was bedeuten würde, internationale Finanz-Transaktionen zu besteuern mit der Tobinsteuer - zu einem Satz, der normale Geschäftsaktionen weitgehend unberührt ließe, der aber eine Abschreckung für sehr kurzfristigen, spekulative Wechselkursgewinne bedeuten würde.

Die traditionellen Parteien haben ihre Unfähigkeit bewiesen, die brennenden ökonomischen Probleme zu lösen. Die konservativen Parteien verfolgen weiterhin blauäugig globales Wirtschaftswachstum und globalen Wettbewerb mit verheerenden Auswirkungen für Umwelt und Sozialversorgung. Die Sozialdemokraten schließen sich jenen Strategien zunehmend an und geben so ihre traditionelle Rolle als Wähler des sozialen Sicherheitsnetzes auf. Rechtsnationale Parteien nennen Immigranten als Sündenböcke, höhnen demokratischen Menschenrechte aus und vergrößern die gesellschaftlichen Spannungen.

Im Gegensatz zu diesem Katalog an politischem Versagen, fordern die Grünen Parteien Europas, innerhalb und außerhalb der Europäischen Union den politischen Wechsel.

Leitgedanke sollte eine ökologisch und sozial nachhaltige Wirtschaftsentwicklung sein. Das schließt die Schaffung von neuen sozial und ökologisch nützlichen Berufen ein, sowie eine Neuverteilung von Hausarbeit und bezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern. Wirtschaft ist nicht Selbstzweck, sondern kann und sollte den Menschen dienen.

2. SCHUTZ DER UMWELT

Produktionsweisen und Konsumverhalten in den westlichen Gesellschaft schädigen die Umwelt drastisch, bedrohen die Gesundheit der Menschen und gefährden künftige Generationen.

KLIMAVERÄNDERUNG

Der Klimawechsel schreitet immer schneller voran. Der Treibhauseffekt ist immer deutlicher spürbar. Die Serie von rekordbrechenden Hitzewellen seit 1980 und immer häufigeres Auftreten von extremen

Klimaphänomenen auf der ganzen Welt sind starke Anzeichen dafür, daß uns ein Klimakollaps bevorsteht. Es ist dringend notwendig, Treibhausgasemissionen sofort zu senken.

Der Vorschlag der Europäischen Union, die Treibgasemissionen bis zum Jahre 2010 auf 15% unter den Standard von 1990 zu senken, kann nur ein Beginn der Diskussionen über viel drastischere Beschränkungen sein. Auch wenn die internationalen Übereinkommen, die auf der Klima Konferenz in Kyoto im Dezember 1997 erreicht wurden, sich nicht der Tragweite des Problems stellen, sind sie zumindest ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Eine ernsthafte globale Übereinkunft, die erforderlich ist, um das Problem der Klimaerwärmung in den Griff zu kriegen, kann auf einem gleichen Stand erreicht werden. Eine Politik, die auf Pro-Kopf-Emissionen basiert, würde den Entwicklungsländern ermöglichen, ihre notwendige Entwicklung weiter auszubauen und gleichzeitig die Nutzung sauberer Technologien fördern; im gleichen Zug würde es die Industriestaaten verpflichten, ihre Emissionen auf einen realistischerweise notwendigen Stand zu reduzieren.

- Die Grünen vertreten einen Wechsel zu erneuerbarer und nachhaltiger Energieproduktion, gekoppelt mit Energieeinsparungen in privaten Haushalten und in der Industrie. Ein wichtiges Instrument, um dieses Ziel zu erreichen, sind Steuern auf Umweltverschmutzung und Ressourcenverbrauch, im besonderen auf fossile Brennstoffe und Anreize zum Energiesparen für Private und Industrie.

Die Grünen fordern:

- eine kombinierte Energie/CO₂-Emission Steuer. Da die Grünen die allgemeine Steuerbelastung nicht erhöhen wollen, sollten Öko-Steuern dazu verwendet werden, die Lohnnebenkosten zu senken und Investitionen in ökologische Konversion zu finanzieren. Mögliche negative Auswirkungen auf den Sozialbereich müssen aufgefangen werden.
- Gesetzlich bindende Reduktionsziele für die EU, 20% unter den Levels von 1990 bis zum Jahre 2005, 25% bis 2010 und 50% bis 2025.

CHEMISCHE UMWELTVERSCHMUTZUNG:

Chemische Umweltverschmutzung und Ozon-Smog schädigen die Gesundheit. Immer mehr Menschen leiden unter Allergien, Reizungen und Krebs, während Pestizide und andere chemische Substanzen den menschlichen Organismus angreifen.

Die Grünen fordern:

- Umstellung der chemischen Industrie auf biologisch abbaubare Substanzen.
- die Verwendung von gefährlichen chemischen Substanzen nur in "0-Emissionsbauten"
- eine Neubewertung der 100 000 Chemikalien, die auf dem EU Markt zugelassen sind, angefangen mit den am häufigsten verwendeten.
- Reduktion der Verschmutzung durch die Verwendung der besten Technologien für die Chemieindustrie und die Verbreitung des ökologischen Landbaus

VERKEHR:

Straßenverkehr ist in hohem Maße beteiligt an Umweltverschmutzung und Umweltschäden mit riesigen Nachfolgekosten für die Gesellschaft. Er hat den höchsten Anteil an der Luftverschmutzung im Stadtgebiet (bis zu 80% der Partikel-Verschmutzung), er ist zu 26% beteiligt an der gesamten CO₂ Emissionen der EU pro Jahr (1995), verursacht extreme Lärmbelastung, 100 000e von Unfälle mit Todesfolge, den Zusammenbruch des Ökosystems und Verlust der Artenvielfalt - um nur einige der gravierendsten Auswirkungen zu nennen.

Europa braucht eine radikale Reduzierung des Straßengüterverkehrs und die Umstellung auf ein integriertes Verkehrssystem, das alternative Transportarten, wie Bahn und Schiff, einbezieht. Die 40% der europäischen Haushalte, die ohne Auto auskommen, brauchen auch Mobilität, als ein grundlegendes Menschenrecht. Ein dichtes und gut entwickeltes öffentliches Verkehrssystem sowie angemessene Bedingungen für RadfahrerInnen und FußgängerInnen im Stadtbereich sind erforderlich, um grundlegenden Bedürfnissen der europäischen BürgerInnen gerecht zu werden.

Die Grünen wollen vorrangig unnötigen Verkehr vermeiden, soviel Verkehr wie möglich auf Bahn und Schiff verlagern und die negativen Auswirkungen des Verkehrs durch technische Spitzenstandards für Emissionen und Lärm vermeiden.

Die Grünen fordern:

- volle "Internalisierung" der externen Kosten bei allen Transportarten durch faire Preise und Besteuerung, angefangen mit Straßen- und Flugverkehr.
- Förderung des öffentlichen Verkehrs, sowie sichere Bedingungen für FußgängerInnen und FahrradfahrerInnen, um die Mobilität für alle BürgerInnen sicherzustellen.
- Rücknahme der EU Finanzhilfen für Autobahn- und Flughafenbau.

ENERGIE

Atomkraftwerke müssen stillgelegt werden, in West- und Osteuropa. Atommüllprobleme sind ungelöst und die Unfallsrisiken sind zu hoch. Alte Atomreaktoren bedrohen nicht nur ihre unmittelbare Umgebung, sondern den gesamten Planeten.

Die Grünen fordern:

- Ersetzen von Atomkraft durch sichere und erneuerbare Energien
- Ersetzen des EURATOM-Vertrages durch eine neue Energie-Vereinbarung innerhalb der Europäischen Union, basierend auf der Förderung erneuerbarer Energien und Energiespartechiken.
- Erstellung einer medizinischen Statistik für Regionen mit unterschiedlichem nuklearen Fall-out, um die Verbindung zu Verstrahlungserkrankungen herzustellen.
- Abschaffung der EU-Richtlinie, die Radioaktivität in Nahrungsmitteln und anderen Produkten zuläßt.
- Anreize zum Energieeinsparen

LANDWIRTSCHAFT

Die BSE Krise hat die unverantwortlichen Bedrohungen für die Gesundheit, durch eine profitorientierte industrialisierte Landwirtschaft deutlich gemacht. Genetisch verändertes Saatgut und Tiere bedeuten auch unbekannte Risiken für die Umwelt und die Gesundheit der VerbraucherInnen. Die Grünen sind schon seit langem für die Entwicklung einer organisch-biologischen Landwirtschaft eingetreten, um die teure und nicht nachhaltige Überproduktion von Nahrungsmitteln auf der Grundlage gefährlicher Pestiziden und Düngemitteln abzubauen; diese macht die Landwirtschaft zu einem Anhängsel der Chemieindustrie. Die gemeinsame Agrarpolitik (CAP) der Union muß reformiert werden, um nachhaltige Entwicklung in ländlichen Regionen zu fördern, durch die Förderung eines modernen biologischen Anbaus.

Während moderne Biotechnologie möglicherweise zu medizinischem Fortschritt beiträgt, erfordern die potentiellen Auswirkungen auf Umwelt und Sozialbereich genaue demokratische Kontrolle, Transparenz und Verantwortlichkeit. Die Grünen lehnen jede Art von Patent auf Leben entschieden ab.

Die Grünen fordern:

- Förderung der organisch-biologischen Landwirtschaft
- ein Moratorium auf Genmanipulation von Saatgut und Tieren, die für Nahrungsmittel verwendet werden
- als ersten Schritt die sofortige Einführung einer strengen Deklarierungspflicht von Produkten, die genetisch veränderte Organismen enthalten
- ein Verbot von Patenten auf Leben.
- Ein Ende der Exportsubventionen für Agrarprodukte
- Agrarsubventionen müssen an Umweltstandards gebunden werden
- Anerkennung von Tierrechten
- Ein Verbot von Tierversuchen in der Kosmetik

3. BESCHÄFTIGUNG UND ARBEIT

18 Millionen Menschen sind heute in der Europäischen Union offiziell als Erwerbslose registriert, die wirkliche Ziffer könnte an die 30 Millionen herankommen. Die Arbeitslosenzahlen in Mittel- und Osteuropa sind erschreckend. Erwerbslosigkeit ist im Begriff, die größte Bedrohung eines sozial gerechten und

demokratischen Europas zu werden.

Ein neues Vollbeschäftigungsmodell muß auf einer gerechten Verteilung zwischen Frauen und Männern basieren, das einerseits die bezahlte Erwerbsarbeit und andererseits Haus- und Pflegearbeit berücksichtigt, und auf einer besseren Einkommensverteilung durch Steuern und Sozialabgaben.

Es darf keine Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung, Identität, Religion oder ethnischer Zugehörigkeit geben. Ein neues Beschäftigungsmodell muß volle soziale Absicherung gewähren, ebenso wie einen flexibleren Lebensstil, der Phasen von Beschäftigung, Bildung und Ausbildung, sowie Zeit für Kinder, ältere und kranke Familienmitglieder, Haushaltsarbeit und Freizeit verbinden kann. Die Basis für ein solches Modell ist eine radikale Reduzierung der Arbeitszeit, um Erwerbsarbeit für alle zu ermöglichen. Das sollte die Option von Teilzeitarbeit je nach Bedarf einschließen. Der soziale Wert von unbezahlten, freiwilligen Tätigkeiten sollte anerkannt und unterstützt werden. Dafür sollten geeignete Gesetzesbestimmungen geschaffen werden. Die Grünen setzen auf die Unterstützung von Gruppen und Verbänden, um soziale und ökologische Erneuerungen umzusetzen.

Ein breites Spektrum an sozialen Aufgaben und öffentlichen Fürsorgeleistungen wird derzeit meist von Frauen erbracht, für ein niedriges oder gar kein Entgelt. Es sollten neue bezahlte Berufe geschaffen werden, die sich am Bedarf an Umwelt- Sozial- und kulturellen Belangen orientieren und bisher vom Privatsektor vernachlässigt wurden. Durch solche lokale Beschäftigungsinitiativen könnten wesentlich mehr Jobs geschaffen werden als durch einige große Firmen.

Beschäftigung muß in Europas Wirtschaftspolitik die zentrale Rolle spielen. Der Pakt für Wachstum und Stabilität (Pact for Growth and Stability) muß ergänzt werden durch ein Abkommen für Nachhaltigkeit und Beschäftigung. Dieses Abkommen sollte wirksame Maßnahmen zur Reduzierung der Erwerbslosigkeit beinhalten und Steuerdumping zwischen den Staaten verhindern.

Die Grünen fordern:

- ein Abkommen für Nachhaltigkeit und Entwicklung, welches nachhaltige Beschäftigung für die nächsten fünf Jahre bedeutend erhöhen soll
- Startsubventionen und einen gesetzlichen Rahmen, um die Projekte im sozialen und gemeinwirtschaftlichen Bereich anzukurbeln, welche nach einiger Zeit in der Lage sein sollten, sich selbst zu finanzieren.
- Eine allgemeine Reduzierung der Arbeitszeit bei Erwerbsarbeit
- die Einführung von Modellen, welche die Arbeitszeit durch Sabbatjahre und freiwillige Teilzeitarbeit reduzieren und verbindliche soziale Mindeststandards in der gesamten EU
- Aktive Gleichstellung von Menschen, die aufgrund ihres Geschlechts, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität, Religion und Ethnizität an den Rand gedrängt sind. Das bedeutet, gegen unfreiwillige Teilzeitarbeit einzutreten, durch die eine neue Armut geschaffen wird.

4. EU-OSTERWEITERUNG: EUROPA IST MEHR ALS DIE EUROPÄISCHE UNION

DIE BEITRITTSWILLIGEN STAATEN

Die Union muß offen sein – im Rahmen eines sich ergänzenden Prozesses von Vertiefung und Erweiterung - für alle demokratischen europäischen Staaten, in der eine Mehrheit sich für den Beitritt ausspricht. Eine gesamteuropäische Struktur ist die einzige Möglichkeit zu verhindern, daß neue Grenzen zwischen der EU und dem Rest Europas hochgezogen werden - Grenzen, die eine ernsthafte Bedrohung für eine friedliche Kooperation darstellen würden. In diesem Rahmen sollte die Politik regionaler Zusammenarbeit, so wie sie zwischen den Mittelmeerstaaten stattfindet, respektiert werden. Eine Vertiefung des Barcelonaprozesses im Hinblick auf eine euromediterrane Partnerschaft wird sehr begrüßt.

Alle Mitgliedsanträge sollten gleiche Behandlung erfahren, unabhängig von Größe, strategischer Bedeutung und Wirtschaftskraft der Kandidaten. Die einzigen Bedingungen sollten das Vorhandensein demokratischer Strukturen sein, und der Wahrung ziviler, ökonomischer, sozialer und kultureller Rechte im allgemeinen, von Minderheitenrechten im besonderen, sowie der Beitrittswille der Menschen, vorzugsweise durch einen Volksentscheid. Um eventuelle verheerende Schockeffekte auf die lokale Wirtschaftsentwicklung zu vermeiden, wird eine Übergangsperiode für neue Mitgliedstaaten möglicherweise notwendig sein. Während dieser Übergangsperiode müssen die antragstellenden Länder das Recht haben, ihre Märkte einseitig zu schützen. Die EU sollte den beitragswilligen Ländern großzügig helfen, ihre ökologischen und sozialen

Standards zu erhöhen.

Ein gekoppelter und zeitgleicher Prozess von institutionellen Reformen und Erweiterung ist notwendig, um der Europäischen Union einen strukturellen Rahmen zu geben, welcher mehr als 20 Mitgliedsstaaten erlaubt, demokratisch zusammenzuarbeiten, ohne die Verhandlungen mit den Beitrittskandidaten aufzuhalten. Die beitragswilligen Staaten sollten das Recht erhalten, voll an diesem Prozess der institutionellen Reformen der Union beteiligt zu sein.

Die Grünen fordern:

- Öffnung der EU für alle beitragswilligen Staaten, die Demokratie und Menschenrechte respektieren.
- Institutionelle Reformen für eine Demokratisierung auf europäischer Ebene mehr Transparenz. Der Amsterdamer Vertrag hat dies nicht geleistet. Deshalb unterstützen die Grünen eine neue Verhandlungsrunde über institutionelle Reformen, die das EP und die nationalen Parlamente einbinden.
- Mindestens die Verdoppelung des Erweiterungsfonds
- Gute Kooperations- und Handelsbedingungen für Länder, die der EU nicht beitreten können oder wollen

SICHERHEIT

Die beschlossene Erweiterung der NATO ist kein Schritt in Richtung einer friedensorientierten Sicherheitspolitik. Sie schafft neue Grenzen in Europa. Langfristig sollten sowohl NATO als auch WEU durch ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem ersetzt werden, das alle europäischen Staaten miteinschließt. Militärische Kapazitäten sollten nicht im nationalstaatlichen Rahmen eingesetzt werden, sondern nur mit OSZE oder UNO –Mandat im Rahmen friedenserhaltender Maßnahmen. Friedliche Konfliktprävention und Entmilitarisierung sollten die Leitgedanken der Sicherheitspolitik sein.

Sicherheit kann nicht länger allein militärisch definiert werden. Für die europäischen Grünen gilt ein umfassender erweiterter Sicherheitsbegriff, welcher soziale, ökonomische, ökologische, kulturelle und psychologische Aspekte sowie strukturelle Gewalt berücksichtigt. Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg oder das Management vorhandener Konflikte. Frieden kann nicht nur Ergebnis eines Vertrages sein, sondern ist ein kontinuierlicher Mediationsprozess. Frieden hängt mit ausreichender Beschäftigung, sauberem Wasser, Gesundheit, der Garantie von Grund- und Menschenrechten und mit grundlegender menschlicher Freiheiten zusammen. Frieden muß organisiert werden. Neutrale Staaten müssen eine zentrale Rolle dabei spielen, die Grundsteine für eine solche Politik zu legen.

Die Grünen fordern:

- Eine europäische Sicherheitsarchitektur/Europäische Friedensordnung unter der Führung von OSZE und UNO.
- Abschaffung der Nuklearwaffen, ausgehend von den britischen und französischen Arsenalen
- Strengere Waffenexportkontrolle
- Schaffung eines zivilen Friedenskorps

Anstatt nur auf die EU zu setzen, wollen die Grünen eine verstärkte Kooperation mit Organisationen wie dem Europarat, der OSZE und dem Wirtschaftsrat der UNO.

5. AUFBAU EINES EUROPAS DER BÜRGER/INNEN

Die Dominanz der Märkte und die Globalisierung sind eine große Herausforderung für die Demokratie. Legislative Zuständigkeiten sind an die EU abgegeben worden, ohne durch echte Stärkung der Macht des Europäischen Parlaments aufgefangen zu werden. Europa braucht mehr Demokratie: auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene.

Die laufenden Regierungskonferenzen, haben es bisher nicht geschafft, eine angemessene demokratische Reform der EU zuwezubringen. Die EU muß stärker demokratisch verfaßt sein. Die gewählten VertreterInnen im Europäischen Parlament und in den nationalen Parlamenten müssen in diesem Erweiterungsprozeß voll informiert und einbezogen werden.

Die Grünen fordern:

- eine öffentliche "konstitutionelle" Debatte über die Zukunft Europas, an der alle Mitglieder der Gesellschaft teilnehmen können

MENSCHENRECHTE UND STAATSBÜRGERSCHAFT

Garantierte Menschenrechte sind Meilensteine eines demokratischen Europas. Die EU hat jedoch bis jetzt die Menschenrechtskonvention nicht unterschrieben. Es sollten besondere Maßnahmen gegen jede Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Behinderung, sexueller Orientierung und Identität, Ethnizität oder Religion ergriffen werden.

Die Grundrechte und demokratischen Rechte aller in der EU lebenden BürgerInnen sollten garantiert und respektiert werden, insbesondere die Freizügigkeit. Ein Rahmenerlaß, der den Status der in der EU lebenden Drittstaatsangehörigen sichert, sollte auf europäischer Ebene beschlossen werden. Dies muß besondere Rechte zu Familienzusammenführung, Zugang zum Arbeitsmarkt sowie Wahlrechte umfassen.

Die Grünen fordern:

- Erstellung einer EU Charta, die BürgerInnenrechte, sowie soziale, ökonomische und ökologische Rechte garantiert, als ein wesentlicher Bestandteil des Gründungsvertrags.
- leichten Zugang zur Staatsbürgerschaft, sowohl in ihrem Aufenthaltsland als auch in der EU, für BürgerInnen von Drittländern, die in einem EU Land legal für 3-5 Jahre ansässig waren, mit der Option, ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft zu behalten (Doppelstaatsbürgerschaft)
- Anerkennung des Asylrechts als ein grundlegendes Recht des Individuums, in allen EU-Ländern. Die Genfer Flüchtlings Konvention sollte in den EU Vertrag eingebaut werden, so daß volle Rechtsmittelgarantie am Europäischen Gerichtshof damit verbunden ist.
- Gewährung des Flüchtlingsstatus für Menschen, auf der Fluch vor Krieg einschließlich Bürgerkrieg, vor rassistischer Verfolgung, sexuelle Massengewalt und vor Natur- oder ökologischen Katastrophen
- die Schaffung eines europäischen Flüchtlingsfonds, der teilweise die Kosten der Mitgliedsstaaten für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen übernimmt.

DEMOKRATISCHE STRUKTUREN

Die gegenwärtige Verfaßtheit der Europäische Union ist extrem undemokratisch. Das Europäische Parlament hat kein Recht, Gesetze zu initiieren, und die Legislative ist nicht getrennt von der Exekutive. Die gesamte Macht ist im Ministerrat und der Kommission konzentriert, welche sich hinter verschlossenen Türen treffen und Verhandlungen führen, über die repräsentative Vertretungen so gut wie keine Kontrolle haben.

Die Vermischung zwischen exekutiven und legislativen Verantwortlichkeiten führt zu einer Fülle von obskuren Praktiken, die nur eine kleine Anzahl von Spezialisten verstehen. Darüberhinaus wird die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank leider zu einem Kontrollverlust über jede Finanzpolitik führen. Die Menschen Europas sind mit einer Union konfrontiert, die ihnen als eine nichttransparente, bürokratische Institution gegenübertritt. Volle Information über Verhandlungen und Entscheidungen auf EU-Ebene sollte leicht zugänglich sein, um Europäische BürgerInnen dabei zur Partizipation an Entscheidungsprozessen zu ermutigen. Die Grünen unterstützen gleichzeitige Volksbefragungen in allen Mitgliedsstaaten bei wichtigen Vertragsänderungen.

Die Grünen fordern:

- Ausweitung der Mitentscheidungs- und Kontrollrechte des EP auf alle Politikfelder für die die EU zuständig ist
- Ausweitung der Rechte des EP zur Gesetzgebung und zur Nominierung der Kommissionäre, einschließlich des Rechts, einzelne KandidatInnen zurückzuweisen und Kommissäre zu entlassen.

INNERE SICHERHEIT

Das Schengen Abkommen und Europol sind nicht unter demokratischer Kontrolle weder des EP, noch des Europäischen Gerichtshofes. Nicht einmal die Finanzen sind einer Prüfung unterzogen. Der Schengenvertrag formt ein Kerneuropa mit Einschränkungen der Freizügigkeit und ein Informationssystem, das den persönlichen Datenschutz aushebelt. Europol hat Kompetenzen bekommen, die weit über diejenigen nationaler Polizeien hinausreichen.

Die Grünen fordern:

- Beschränkung der Rolle von Europol zum unbegrenzten Datenaustausch

- Demokratische und juristische Kontrolle von Europol auf europäischer Ebene und durch nationale Parlamente.
- Effektiven Datenschutz
- Ersetzen des Schengenvertrages durch ein Abkommen, das die Freizügigkeit aller in der EU lebenden BürgerInnen garantiert.

GRÜNE POLITIK FÜR DIE ZUKUNFT

Als eine junge Bewegung, die auf die Zukunft gerichtet ist, sind die Grünen schon in mehr als 30 europäischen Ländern aktiv mit zehntausenden kommunalen Mandaten, über 200 nationalen Abgeordneten. Grüne Minister sitzen am Kabinetttisch in sieben europäischen Ländern.

Damit Europa demokratischer, sozialer und ökologischer wird, laden wir Sie ein, im Juni 1999 bei den Europawahlen für grüne KandidatInnen zu stimmen